

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 191. Ratssitzung vom 7. Februar 2018

3748. 2017/207

Weisung vom 28.06.2017:

Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde

Für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier (Fr. 77 770 000.–), und die Übertragung des Grundstücks Mühleweg, 8005 Zürich, Kat.-Nr. IQ6385, vom Finanzvermögen der Liegenschaftsverwaltung ins Verwaltungsvermögen der Immobilien Stadt Zürich (Fr. 4 603 580.–) wird ein Objektkredit von Fr. 82 373 580.– bewilligt. Der Kreditanteil von Fr. 77 770 000.– für den Neubau erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2016) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Reto Vogelbacher (CVP): Es geht um einen Objektkredit von 82,3 Millionen Franken für einen Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei. Das Projekt wurde dem Gemeinderat bereits als Projektierungskredit vorgelegt. Die Kriminalabteilung der Stadtpolizei ist heute sehr dezentral verteilt. Sie befindet sich unter anderem an der Zeughausstrasse 31. Dort bezahlt man eine Miete von 1 380 000 Franken pro Jahr. Weiter befindet sie sich in der Zeughausstrasse 11/21. Wenn die Kantonspolizei ab 2021 das PJZ beziehen wird, wird die Liegenschaft der Stadtpolizei nicht mehr zur Verfügung stehen. Ein weiterer bisheriger Standort ist die Grüngasse 19 – auch dort bezahlen wir eine Miete von ca. 590 000 Franken pro Jahr. Es gibt diverse weitere Standorte kleinen Ausmasses, so etwa bei der Bahnhofbrücke. In der Standort- und Rahmenbedarfsstrategie der Stadtpolizei ist festgehalten, dass man nach Möglichkeit die Fremdmieten aufgeben möchte und die Verlegung in bestehende oder zu erstellende städtische Liegenschaften anstrebt. Ebenso wird eine Zentralisierung angestrebt mit dem Ziel von Nutzung von Synergien bei gleichem Raumbedarf. Mit dem Neubau werden Fremdmieten in der Höhe von 4 320 000 Franken eingespart. Andere Varianten wurden geprüft, aber wieder verworfen, so etwa die Aargauerstrasse als mögliches zentrales Gebäude. Dieser Standort wäre aber zu peripher. Auch das Centravo-Areal oder die Hardgutstrasse wurden geprüft. Dort gibt es aber grosse Unsicherheiten mit der Umzonung. Bei dem nun geplanten zentralen Standort wird folgende Infrastruktur vorhanden sein: Räume für Schulungen, Abstandsräume, Detektivbüros, Sitzungszimmer, Lager, Archive, Garderoben, Putz- und Technikräume sowie andere wichtige Räume. Beinhaltet sind auch drei

Parkplätze im gesicherten Bereich, acht Besucherparkplätze und acht Aussenparkplätze für Dienstfahrzeuge. Das Gebäude wird im Minergie-P-ECO-Standard erstellt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 82,3 Millionen Franken. Die Spezialkommission HBD/SE empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir stimmen zu, allerdings nicht vorbehaltlos. Wir haben bereits beim Projektierungskredit die vom PJZ ausgelösten Sachzwänge zur Kenntnis genommen und akzeptiert, dass der Neubau wohl unumgänglich ist. Wir haben dem Projektierungskredit zugestimmt, aber unserem Unmut Luft gemacht und zwei Begleitvorstösse eingereicht. Mit dem ersten Vorstoss forderten wir, dass ein Bericht erstellt werden soll, der aufzeigt, was das PJZ hinsichtlich der Erstellung von neuer Infrastruktur sowie an finanziellen und städtebaulichen Folgen mit sich bringen wird. Im zweiten Vorstoss haben wir unsere Befürchtungen ausgedrückt, dass die räumliche Trennung den Willen zur Nutzung von Synergien noch schwächer macht, Wir forderten, dass die digitale Forensik nicht im Alleingang, sondern in Zusammenarbeit mit der kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei entwickelt wird. Das Postulat wurde zwar überwiesen, hat in der Weisung zum heute zu behandelnden Objektkredit jedoch keine Spuren hinterlassen. Man legte uns ausführlich dar, warum man davon abgesehen habe. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen mit dem Kanton mehrere Jahre in Anspruch nehmen würden. Das mag plausibel sein, denn zwischen Projekt- und Objektkredit ist kaum ein Jahr vergangen. Für uns ist die Forderung aber noch nicht vom Tisch. Wir stimmen der Weisung primär zu, weil wir keine Alternative sehen, werden aber weiterhin darauf beharren, dass man wo immer möglich keine Parallelstrukturen zementieren soll, sondern Synergien nutzen soll. Wir sagen Ja zum Neubau Mühleweg, aber Nein zum unnötigen Ausbau von Infrastruktur im Alleingang.*

Gabriele Kisker (Grüne): *Wir haben die Weisung zum Projektierungskredit damals zurückgewiesen. Auch heute sind wir nach wie vor der Meinung, dass es unbefriedigend ist, wie das Gebiet geplant wird. Wir gingen davon aus, dass man zuerst richtig plant und dann mit neuen Gebäuden arbeitet. Im Zusammenhang mit dem Toni-Areal wurde versprochen, dass das Quartier durchmischt sein soll, Gewerbe, Wohnen und auch Grünraum wurde versprochen. Es sieht nun so aus, als würde man mit dem Kriminalgebäude das erste Puzzleteil setzen. Nach und nach, ohne genau zu wissen, welche Volumina noch kommen werden, will man den ganzen Polizeimoloch in Zürich West platzieren. Darüber sind wir nicht glücklich. Es ist klar: Das PJZ ist im Anmarsch, die Polizei muss die vom Kanton gemieteten Gebäude verlassen. Wir verfügen aber noch über andere grosse Verwaltungsgebäude. Das Airgate steht noch frei. Es wäre nicht einfach, doch auch dort wäre Raum zu finden. Man hätte die Planung des Gebiets sorgfältig angehen müssen. Bei Schulhäusern vergehen jeweils rund 10 Jahre, beim Kriminalgebäude 3 bis 4 Jahre. Es wäre schön, wenn man diese Energie bei der Planung der Schulhäuser einsetzen würde und in anderen Gebieten längere Planungen zulassen würde. Wir wollen keine Parallelstrukturen. Es ist nicht gut für das Quartier, wie nun gebaut wird. Wir werden uns bei diesem Projekt mehrheitlich weiterhin enthalten und hoffen, dass es am Ende doch noch gut herauskommt.*

3 / 3

Schlussabstimmung

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Reto Vogelbacher (CVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Marianne Aubert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Stefan Urech (SVP)
- Enthaltung: Gabriele Kisker (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 105 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde

Für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg, Escher-Wyss-Quartier (Fr. 77 770 000.–), und die Übertragung des Grundstücks Mühleweg, 8005 Zürich, Kat.-Nr. IQ6385, vom Finanzvermögen der Liegenschaftsverwaltung ins Verwaltungsvermögen der Immobilien Stadt Zürich (Fr. 4 603 580.–) wird ein Objektkredit von Fr. 82 373 580.– bewilligt. Der Kreditanteil von Fr. 77 770 000.– für den Neubau erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2016) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 14. Februar 2018 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat